



Freie Presse-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder



Nr. 5

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Lang-Groß-Str. 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 3. Februar 1917

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Row-
pareille oder deren Raum 50 Pfg. (der
Betrag ist stets vorher einzulösen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile

31. Jahrg.

Der Friede muß erkämpft werden.

Als am 12. Dezember 1916 die deutsche Regierung in Verbindung mit ihren Verbündeten den Regierungen der gegnerischen Staaten Vorschläge zu Friedensverhandlungen anbot, ging ein Aufatmen der Befreiung durch die vom Weltkrieg heimgesuchten Völker. Auch bei den Neutralen machte das als große geschichtliche Tat zu bezeichnende Angebot einen tiefen Eindruck. Auf welcher Grundlage sich Deutschland und seine Verbündeten den Friedensabschluss vorstellten, geht aus dem Wortlaut des Angebotes deutlich hervor:

Zur Verteidigung ihres Daseins und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit wurden die vier verbündeten Mächte gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Auch die Ruhmeslilien ihrer Heere haben daran nichts geändert. Stets haben sie an der Ueberzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der andern Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten. Sie tragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, zugleich aber von dem Wunsche befeelt, weiteres Blutvergießen zu verhindern und den Graueln des Krieges ein Ende zu machen, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen mitbringen werden, und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern, bilden nach ihrer Ueberzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens.

Die Antwort der feindlichen Presse ließ nicht lange auf sich warten. Mit Hohn und Spott wurde das Friedensangebot fast allgemein von ihr abgelehnt. Ebenso ging aus den Reden der verantwortlichen Staatsmänner hervor, daß ohne einen Sieg der Entente an keine Friedensverhandlungen zu denken sei. Die Antwort würde erfolgen, nachdem sich die zehn verbündeten Länder verständigt hätten. Inzwischen erfolgte die Anfrage des Präsidenten Wilson, der sich mehrere neutrale Staaten anschlossen. Die Hoffnung auf Frieden war noch nicht ganz erloschen. Da kam die Antwort der feindlichen Regierungen, brutal ablehnend, wie nach dem Vorausgegangenen zu erwarten war. Es heißt darin: „Ein Vorschlag ohne Angabe von Bedingungen für die Eröffnung der Unterhandlungen ist kein Friedensvorschlag. Der angebliche Vorschlag, dem jeder Inhalt und jede Genauigkeit fehlt, gleicht wohl nicht so sehr einem Friedensvorschlag als vielmehr einem gewöhnlichen Kriegsmanöver.“ Im weiteren geht die Note auf die Schuldfrage ein, wobei selbstverständlich alle Schuld auf Seiten Deutschlands und seiner Verbündeten liegt, Rußland, England, Frankreich und die anderen sieben Staaten dagegen alles Recht auf ihrer Seite haben. Die Bestrafung kann deshalb die Entente nur nach ihrem Dafürhalten vollziehen. Nach Wiederholung der bekannten Anschuldigungen und Beleidigungen gegen Deutschland, die wir seit Kriegsbeginn kennengelernt haben, heißt es dann:

Im vollen Bewußtsein des Ernstes, aber auch der Forderung des Augenblicks entsprechend, lehnen die Regierungen der alliierten Staaten, untereinander eng verbunden und in vollkommener Uebereinstimmung mit ihren Völkern, die Annahme eines Vorschlags ohne Aufrichtigkeit und ohne Zweck ab, und erklären nochmals, daß kein Frieden möglich ist, solange sie nicht der Wiederherstellung der verletzten Rechte und Freiheiten sowie der Anerkennung des Nationalitätsprinzips und des freien Fortbestehens der kleinen Staaten versichert sind. Solange nicht sicher ist, daß eine Regelung getroffen werden wird, welche von der Art sein wird, daß sie definitiv die Ursachen beseitigt, welche die Völker solange bedrückt haben und die einzigen zweckmäßigen Garantien für die Sicherheit der Welt gibt.

Somit muß der Versuch der deutschen Regierung, den Krieg durch einen Vergleich zu beenden, als gescheitert betrachtet werden. Unsere Gegner wollen keinen ehrenhaften Frieden mit uns, sie hoffen noch immer durch die Niederwerfung Deutschlands, wenn auch nicht auf dem Schlach-

felde, so doch durch Hunger den Sieg erzwingen und ihren Frieden bitteren zu können. Das geht auch aus ihrer Antwort auf das Ersuchen des Präsidenten Wilson hervor, alle kriegführenden Mächte sollten ihre Friedensbedingungen bekanntgeben. In diesem Dokument lassen die Ententemächte endlich die Masken fallen und zeigen, wie sie sich als „Vorläufer für Freiheit und Rechte der Völker und als Hüter des zukünftigen Friedens“ ihre wahren Kriegsziele denken. Es heißt da unter anderem:

Die Kriegsziele werden in den Einzelheiten mit allen Kompensationen und gerechtfertigten Entschädigungen für den erlittenen Schaden erst in der Stunde der Verhandlungen auseinandergelegt werden. Aber die zivilisierte Welt weiß, daß sie alles Notwendige einschließen und in erster Linie die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros, die ihnen geschuldeten Entschädigungen, die Räumung der besetzten Gebiete von Frankreich, Rußland und Rumänien mit den gerechten Wiedergutmachungen, die Reorganisation Europas, Bürgerschaft für ein dauerhaftes Regime, das sowohl auf die Achtung der Nationalität und die Rechte aller kleinen und großen Völker begründet ist wie auf territoriale Abkommen und internationale Regelungen, welche geeignet sind, die Land- und Seegrenzen gegen ungerechtfertigte Angriffe zu sichern, die Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Alliierten durch Gewalt oder gegen den Willen ihrer Bevölkerung entzogen worden sind, die Befreiung der Italiener, Slaven, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft, die Befreiung der Bevölkerung, welche der blutigen Tyrannei der Türken unterworfen sind, und die Entfernung des osmanischen Reiches aus Europa, weil es zweifellos der westlichen Zivilisation fremd ist. Die Absichten Seiner Majestät des Kaisers (von Rußland) bezüglich Polens sind klar und durch die Proklamation kundgegeben, welche er an seine Armeen gerichtet hat.

Was in dieser schamlosen Raubpolitik-Note die feindlichen Regierungen behaupten und verlangen, wird nun auch denjenigen, die immer noch an sie geglaubt haben, die Augen geöffnet. Deutschland würde, wenn diese Pläne verwirklicht würden, politisch ohnmächtig und wirtschaftlich vollständig niedergeschlagen sein, Oesterreich wäre in ein entwicklungsunfähiges Ländergemisch verwandelt, die Türkei vernichtet und Bulgarien zur Ohnmacht verurteilt. Und das soll alles geschehen „zum Schutze der Unabhängigkeit der Völker, des Rechts und der Menschlichkeit“. Das freundliche Versprechen in der Note, die Deutschen weiter leben zu lassen, ihr politisches Verschwinden nicht zu beabsichtigen, ist der Gipfel des Hybris und der Heuchelei. Gewiß, die gesamten deutschen Völker auszurotten, ist nicht möglich, aber sie für immer wirtschaftlich niederzuhalten, sie zu Bettlern zu machen, sie zu tributpflichtigen Sklaven der Slaven, Romanen und Angelsachsen zu degradieren, das ist die wahre Absicht der Ententemächte.

Daß die Mittelmächte auf eine solche Antwort nicht mehr erwiderten, ist selbstverständlich. Den Vertretern der neutralen Regierungen aber haben sie in einem umfangreichen Aktentstück ihre Antwort auf die Ablehnung des Angebotes, in Friedensverhandlungen einzutreten, eingehend dargelegt.

Unter den vielen Stimmen, die die elende Heuchelei der Ententemächte kennzeichnen, heben wir nur die des „Sozialdemokraten“, des Organs der dänischen sozialdemokratischen Partei, hervor. Das Blatt schreibt über die Ablehnung des Friedensangebotes durch die Entente:

Wenn England als führende Macht der Entente nun beide entgegengesetzte Hände — Deutschlands und Wilsons — zurückweist, so wird von dem Idealismus, mit dem England sich seit Kriegsausbruch umgibt, im Urteil der neutralen Staaten viel verschwinden und die Ueberzeugung sich festigen, daß England durch die Greth Edwardsche Entreisungspolitik systematisch den Krieg mit Deutschland um die Welt Herrschaft vorbereitet hat, wie England im Laufe der Jahrhunderte jedesmal Portugal, Spanien, Holland, Frankreich niedergeschlagen hat, wenn diese Länder zu gefährlichen Konkurrenten sich emporschwingen, wie England stets bemüht war, den Norden uneinig und schwach zu halten durch den Ueberfall auf Dänemark 1807, durch Begünstigung der Trennung Norwegens von Schweden 1905, wie England rücksichtslos Indien niederzwang, Ägypten annektierte, mit China Krieg führte, um das Recht der freien Opiumeinfuhr aufrechtzuerhalten zur Vergiftung des Chinesenvolkes.

wie es die freien Bundesrepubliken eroberte, wie England Missionare auswandte, mit Branntwein, Pulver und Syphilis im Kielwasser, als Pioniere der Handelsmacht, die Millionen Menschen relativ glücklicher „wilder“ Völker ausfug und vernichtete, ja, so will England nun auch Deutschland niederschlagen, nicht den deutschen Militarismus, denn diesen eignet sich gerade das England Bloß Georges als neues Mittel im Kampfe um die Welt Herrschaft an, sondern das Deutsche Reich und die deutsche Nation mit ihren gefährlichen Eigenschaften, wie Fleiß, Lichthigkeit und Organisationstalent.

So freudig das deutsche Volk den eingeleiteten Friedensversuch begrüßte, so entschlossen wird es aber auch zusammenstehen, im vollen Bewußtsein der gemeinsamen Gefahr, in der sich das ganze Land befindet. Die bevorstehenden Kämpfe werden furchtbare Blutopfer verschlingen, sie gehen jetzt uns ganze. Diesem wahnsinnigen Blutvergießen konnte vorgebeugt werden, wenn die Vernunft auf gegnerischer Seite gesiegt hätte. Da es nicht geschehen ist, fällt die Blutschuld auf sie.

Schwere, ernste Stunden stehen uns bevor. Bitterste Sorgen werden in zahlreiche Arbeiterfamilien eingehen, wo es ohnedies schon solange Zeit lang hergeht. Unsere Organisationsleiter sind weiter auf dem Posten, um die schlimmsten Nöte in der Arbeiterschaft nach besten Kräften lindern zu helfen, ihr jederzeit mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Dringend geboten ist es aber auch, wie in der Rundgebung der Gewerkschaftsrichtungen an den Reichskanzler betont wird, angesichts der Zukunft, die dem deutschen Volke nach den Kriegszielen der Entente droht, die gerechte Verteilung der vorhandenen Ernährungs- mittel zu sichern. Dann wird die Not ertragen werden, um so leichter, wenn das Bewußtsein vorhanden ist, daß sie alle Schichten des Volkes in gleicher Weise trifft. Aber auch die Arbeitgeber sind verpflichtet, angemessene Löhne zu zahlen, damit einigermaßen gegenüber den hohen Lebensmittelpreisen ein Ausgleich geschaffen wird. Wird so gemeinsam zum Schutze des Ganzen gehandelt, muß der feindliche Wille an diesem festen Bollwerk scheitern.

Statistik der Lackierer.

XIV.

Der persönliche Fragebogen verlangte auch Angaben über die Krankheitswochen während des letzten Jahres (April bis April). Von den Kollegen waren 521 = 26,1 pzt. der Befragten zusammen 3332 Wochen erkrankt. Auf einen Befragten kommen demnach durchschnittlich 1,6 Wochen Krankheit, auf einen Erkrankten durchschnittlich 6,4 Krankheitswochen. (Die gleiche Frage für die Maler-Kollegen nach der Statistik 1915 ist nach nicht bearbeitet.) Ziehen wir zum Vergleich unsere Zahlen aus der Maler-Statistik vom Jahre 1912 an, so sehen wir, daß im Laufe des Jahres 25,8 pzt. der Kollegen erkrankt waren. Der Unterschied in den beiden Erhebungen ist also für Maler und Lackierer unerheblich. Auch die Ziffern über die Krankheitsdauer weichen nicht sehr voneinander ab. Nach der Malerstatistik 1912 kamen auf den Befragten durchschnittlich 1,3 Wochen, jetzt 1,6 Wochen. Die Erkrankten waren 1912 durchschnittlich 5,2 Wochen krank, für die Lackierer währte die Krankheitsdauer durchschnittlich 6,4 Wochen, das ist 1 Woche mehr, die sich bei der geringeren Beteiligung und durch die Altersverschiebung nach oben hinreichend erklären läßt.

Zusßerdem enthielt der Fragebogen Angaben über den Betriebswechsel. Auch diese Frage war bisher für unsere Lackiererkollegen noch nicht besonders erfaßt worden. Das Ergebnis aus der Zusammenstellung ist folgendes:

	1. mal	2. mal	3. mal	4. mal	5. mal	6. mal	7. mal	8. mal	9. mal	10. mal	weil. als	St.	Sammen
Befragte	198	169	125	64	37	19	13	7	2	5	2		637
In Prozenten	31,1	26,5	19,3	10,0				13,1					100,0

Von den 1998 Befragten haben 637 = 31,9 pzt. im Kriegsjahr 1914/15 den Betrieb gewechselt. 68,1 pzt. sind demnach in ihren Betrieben geblieben. Mit diesen Zahlen wird bestätigt, was auch sonst bekannt war, daß der Betriebswechsel für unsere Lackiererkollegen nicht so umfang-

reich ist wie für die Baumaaler. Nach unserer Statistik vom Jahre 1912 hatten im Bauberuf 53 pSt. der Befragten den Betrieb gewechselt. Während also im Bauberuf die Hälfte der Kollegen den Betrieb wechselte, war es bei den Kadriern noch nicht ganz ein Drittel, trotz der das Arbeitsverhältnis so schwer erschwärenden Kriegszeit.

Es war für unsere Organisation auch von Wert, zu wissen, in welchen Betrieben besonders für Militärbetriebe der Bedarf an Arbeitern war, wie viele Kollegen etwa für die Kriegsindustrie in Betracht kommen würden.

Table with 4 columns: Industriebranche, Für Militärbedarf gearbeitet, In Prozenten zur Gesamtheit der Betriebe, Beschäftigte. Rows include Waggon- und Eisenbahnbau, Automobilbau, Maschinen für Elektrizität, etc.

Wir haben damit alle Fragen behandelt, die uns durch Beantwortung der beiden Fragebogen geboten waren. Entschuldigend behandelte sind sie allerdings nicht, trotzdem sich die Veröffentlichung viele Wochen hingezogen hat.

Verschung und manchen Einblick in die bestehenden Verhältnisse unserer Kadrierer haben wir mit dieser Statistik wieder erhalten und möchten nur wünschen, daß alle beteiligten Kollegen diese Anregungen im Interesse der Aufwärtsentwicklung des Berufs und ihrer Organisation anwenden, dann werden wir bei der nächsten Erhebung noch über größere Erfolge berichten können.

Unternehmerverbände im Jahre 1914.

Das 18. Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ enthält die Berichte über den Stand der Organisationen der Unternehmer, der Angestellten und der Arbeiter vom Jahre 1914.

Die Einwirkungen des Krieges auf die Entwicklung und die Tätigkeit der Unternehmerverbände haben in der vom Statistischen Amt angeführten Arbeit besondere Berücksichtigung erfahren, wobei zu bemerken ist, daß allerdings nur die ersten fünf Monate des Krieges in Frage kommen.

Die Statistik unterscheidet vier verschiedene Gruppen. Die ersten drei Gruppen beschäftigen sich mehr mit wirtschaftspolitischen und der Regelung bestimmter geschäftlicher Fragen (Erzeugung, Absatz, Preisbildung).

Die Zahl der Unternehmerverbände ist selbst im Jahre 1914 noch um einige gestiegen, von 2670 auf 3083. Dagegen ergibt sich für die Zahl der Mitglieder und der von ihnen beschäftigten Arbeiter ein Rückgang.

Die Lieferanten beziehungsweise Hersteller von Kriegsmaterialien mußten zu Verbänden zusammengefaßt werden, sofern nicht solche schon bestanden, schon um ein Organ zu haben, an das die Unternehmer mit ihren Wünschen und Forderungen sich wenden könnten.

Der Krieg hat das Zusammenwirken von Arbeiter- und Unternehmerverbänden in hohem Maße gefördert. Bei Ausbruch des Krieges sei dies von größter Bedeutung für die Einschränkung der Arbeitslosigkeit gewesen.

(18 000), das Bekleidungs-gewerbe (12 000), die Landwirtschaft (9100), das Holzgewerbe (8000) usw. — Ein ganz anderes Bild und zweifellos einen besseren Maßstab für die Beurteilung der Bedeutung und der Stärkeverhältnisse, die dem einzelnen Verband zugemessen ist, bieten die Zahlen der beschäftigten Arbeiter.

Die Statistik unterscheidet vier verschiedene Gruppen. Die ersten drei Gruppen beschäftigen sich mehr mit wirtschaftspolitischen und der Regelung bestimmter geschäftlicher Fragen (Erzeugung, Absatz, Preisbildung).

Ein besonderes Kapitel bilden diesmal die Kriegsunterstützungen der Unternehmerverbände. 54 Verbände, davon 10 Lokalverbände, 9 Verbandsbüros und 17 Einzelfirmen haben Erhebungen hierüber angestellt und darüber berichtet.

Die Zahl der Kriegsunterstützungen ist im Vergleich mit dem Vorjahre betragsmäßig um 274 gegen 276, wobei die Vermittlungstätigkeit lagen von 211 Unternehmerangehörigen vor.

Die Kriegsunterstützungen unterstellten 190 Unternehmerverbände eigene Arbeitsnachweise, gegen 190 im Vorjahre; die Zahl der Nachweisstellen betrug 284 gegen 276.

Die Organisation des Arbeitsmarktes.

Mit Rücksicht auf die Zeit der Übergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden verlangt Landesrat Dr. Freund Berlin, es müsse mit aller Energie daran gearbeitet werden.

Der Schwabenfranzl.

Eine Zigaretten-Geschichte vom Kollegen Oly Oltmanns, jurist im Heeresdienst.

Die Zinsassen des Lazarettzuges hatten vor dem Bahnhof Aufstellung genommen, um so an die einzelnen Zigarette verteilt zu werden. Schon dabei fiel der Franzl auf, allerdings vorläufig unangenehm.

Die Zinsassen des Lazarettzuges hatten vor dem Bahnhof Aufstellung genommen, um so an die einzelnen Zigarette verteilt zu werden. Schon dabei fiel der Franzl auf, allerdings vorläufig unangenehm.

Als dann der Doktor seine feige Anrede über die Schmerzhafte der Entfernung von den Zigaretten hörte, um dabei die Wohlart der Besatzung zu empfehlen, meinte Franzl nur lachend: „Na, da muß ich schon zusehen, da mach ich das nächste Mal alloant!“

Wenn dann späterhin am Abend die ganze Gesellschaft um den großen Tisch versammelt war, schwirrten nur so die lustigen Geschichten, jeder hat sein Teil beigetragen, aber den Franzl konnte doch keiner übertreffen.

So kommt einmal zufällig die Rede auf die Musterung: „Ja,“ sagt der Franzl, „da hab' ich eine g'lopfige Geschichte erlebt.“

„Da hatten wir in unserer schwäbischen Kompagnie einen alten Hauptmann, der sich rechtlich mühte, den ungedienten Landsturmlenten das Kriegs-Abc beizubringen.“

Der also Angehauchte fährt wie ein geölter Blüth herum. Da schreit der Alte von neuem los: „Heiliges Bügeleise, der Kerl hat ja den Hintern vorne!“

„Brüllt da der Franzl los: „Aber Herr Doktor, Sie tragen ja die Wempe rechts!“

„Ja, da hat ihn der Moser, dieser Esel, mir verkehrt umgeschmissen.“

„Erst viel später hat man unsern Doktor den wahren Tatbestand erklärt, der nach einigen Kraftworten doch wieder herzlich lachen mußte.“

„Und als jetzt alles vor Lachen wieder den Franzl anschaut, sagt der selbst lachend: „Schön wars, jetzt darf wohl i etwas erzählen.““

den, daß bis zum Friedensschluß ein dichtmaschiges Netz öffentlicher, allgemeiner Arbeitsnachweise über das ganze Deutsche Reich ausgebreitet sei. Dieses Verlangen ist nicht allein mit Rücksicht auf die Übergangswirtschaft, sondern schon mit Rücksicht auf die Kriegswirtschaft zu stellen. Denn wie soll das Kriegswesen seine Aufgabe erfüllen, wenn an den einzelnen Orten das Angebot und die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt nicht übersehen werden kann. Schon seit zwanzig Jahren wird der Ruf nach dem dichten Netz von Arbeitsnachweisen in Deutschland erhoben, aber gar viele Umstände haben dazu mitgewirkt, daß wir bis zum Kriege noch nicht entfernt dem Ziele nahe kamen. Als dann der Krieg ausbrach, wurde allmahlig wieder auf die dringende Notwendigkeit einer guten Organisation des deutschen Arbeitsmarktes hingewiesen. Es wurden auch einige Schritte unternommen, die aber die Lösung der Aufgabe nicht bewirken konnten. Die Lösung der Aufgabe hat nämlich eine Voraussetzung, die immer und immer wieder übersehen oder unterschätzt wird. Die Arbeitsnachweise können nur nützlich funktionieren, wenn eine gute Arbeitsmarkt-Berichterstattung vorhanden ist. Gut heißt in diesem Fall vor allem: für Arbeiter und Arbeitgeber brauchbar. Auf die Ausgestaltung der Berichterstattung hat man aber bisher viel zu wenig Wert gelegt. Die Berichterstattung, wie wir sie heute haben, ist praktisch unbrauchbar. In dieser Beziehung hat auch die Schaffung des „Arbeitsmarkt-Anzeigers“ wenig geändert. Eine brauchbare Arbeitsmarkt-Berichterstattung muß das Angebot und die Nachfrage nicht für einen längeren Zeitraum, sondern an bestimmten Sitztagen erfassen. Die Erfassung und Veröffentlichung von Angebot und Nachfrage muß aber für die einzelnen Sitztage so rasch erfolgen, daß auf Grund des sich ergebenden Materials die Arbeiter und Arbeitgeber ihre Dispositionen vornehmen können. Das ist bei der heutigen Art der Berichterstattung teilweise ganz unmöglich, teilweise sehr erschwert. Solange wir nun keine bessere und namentlich raschere Berichterstattung haben, so lange wird auch ein dichtes Netz von Arbeitsnachweisen keine durchgreifende Besserung herbeiführen vermögen. Organisieren allein tut eben nicht, kann im Gegenteil eine unnütze Kraft- und Zeitverschwendung bedeuten. Wenn wir eine gute Arbeitsmarkt-Berichterstattung haben wollen, dann müssen allerdings alle größeren Orte und bis zu einem gewissen Grade auch das platte Land in die Berichterstattung einbezogen werden. Dazu ist natürlich eine Organisation der Arbeitsnachweise nötig. Die Berichterstattung darf sich aber keineswegs nur auf den Verkehr an den öffentlichen Arbeitsnachweisen beschränken, sondern alle Nachweise, vor allem auch die gewerblichen und die Arbeiterannahmestellen der großen Betriebe, müssen zur Berichterstattung herangezogen werden. Das Kriegswesen hätte sicherlich die Macht, eine solche Berichterstattung zunächst für seine eigenen Zwecke zu schaffen, aber es will uns fraglich erscheinen, ob man dort die wirtschaftliche Notwendigkeit einer solchen Berichterstattung bereits erkannt hat. Die Organisationsarbeit als solche beansprucht die leitenden Personen in einer Weise, daß sie darüber den wirtschaftlichen Kern vermissen können. Die Folge ist, daß der Schaffung einer brauchbaren Arbeitsmarkt-Berichterstattung nicht entfernt der Wert beigelegt wird, der ihr tatsächlich zukommt. Es liegt hier die gleiche Erscheinung vor, wie auf andern Gebieten der Wirtschaftskunde. Was würden wir heute darum geben, wenn wir eine brauchbare Ernichterstatistik hätten? Die ganze Verteilungspolitik steht trotz aller organisatorischen Maßnahmen auf einer gänzlich unsicheren, ja fortgesetzt schwankenden Basis. Warum? Weil wir die wirtschaftlichen Tatsachen nicht kennen, weil wir nur mit ziemlich vagen Annahmen operieren müssen. Würden wir schon vor dem Kriege der Ermittlung der wirklichen Verhältnisse des Wirtschaftslebens den Wert beigelegt haben, den sie verdienen, so würden uns viele Schwierigkeiten erspart geblieben, viele Fehler würden vermieden worden sein. So liegen die Dinge auch auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes: ohne eine gute Arbeitsmarkt-Berichterstattung kann man keine ergiebige Arbeitsmarktpolitik treiben.

„Also Stuggert kennt's schon. Dahin kommt auch alle Welt preußische Hölle und die Eisenbahner verkehren in einem oval nächst dem Bahnhof.“
 Nun ist das bei uns in der Gastwirtschaft net wie in Preußen, da gibt was anständig zum pappie und a sauberes schöpple Wein.
 Dann hucken die Leute net wie bei ent umannand; hats in einem Lokal vier Tische und vier Gölle, so sitzt halt jeder in a nem andern Tisch, und kinnu dann ein Fünfter herein, eht er wieder davon; denn das Lokal ist halt voll. Bei uns eht man sich halt so lang' zu einem Tisch, bis dieser voll ist.
 Also in diesem Stuggert's Lokal huckt e halbes Duzend reußliche Eisenbahnschaffner und Futtert drauf los; denn in Preußen mißsen's ja e allerweil hungern. Kinnmt da auch ein Schwob herein, sagt „mit Verlaub“ und setzt sich auch an einen Tisch. Da denkt der eine Preiße, den Schwoben ziehe e ein wenig auf und spricht zu diesem: „Hören Sie einmal, Herr Vetter, ist denn das wahr, daß man bei Euch erst mit 17 Jahren den Verstand kriegt?“
 „Kann schon sein“, sagt dieser.
 Und der Preiße redet weiter: „Ja, und dann erzählt man bei uns nach, wenn hier jemand diesen Moment verpufft, bleibt er überhaupt sein ganzes Leben dumm.“
 „Das kann auch stimmen“, nickt der Schwabe.
 „Aber“, fährt der Preiße fort, „was macht ihr denn nun mit diesen Leuten?“
 „O mei“, erwidert der, „dös ist net so schlimm, die Bick mer alle nach Preußen, da werde se Eisenbahnschaffner.“
 Den triumphierenden Blick des Franzl nach dieser Erklärung werde ich nie vergessen.
 Als er dann wenig Wochen später als geheilt entlassen werden konnte, meinte er noch lachend beim Abschied zu seiner Obermeisterin: „Also, wenn ich noch einmal im Felde draußen eine derwische, dürfte es ohne Offerten einreichen, vielleicht kimm i wieder nach hier.“
 Monate sind seitdem vergangen, aber noch immer spuckt er Schwabenfranzl in allen Geschichten hier herum, und wenn wieder eine seiner Karten den Weg nach hier findet, man um Unterhaltungsstoff für den nächsten Abend nicht erlegen.

Von unsern Kollegen im Felde.

Das Eisener Kreuz haben erhalten: Kollege Ludwig Schuster, Mitglied der Filiale Augsburg; Kollege Schnacker, Mitglied der Filiale Gln; Kollege Hermann Misfeldt (Inhaber des Danfententzuges), Mitglied der Filiale Hamburg; die K. K. Österreichische Tapferkeitsmedaille erster, zweiter und dritter Klasse hat Kollege Ferdinand Battenne erhalten, Mitglied der Filiale Augsburg.

Feldpostadressen-Wenderung.

Zur Beachtung hauptsächlich für diejenigen Kollegen, die in unsern Filialverwaltungen die Feldpost erlebigen, geben wir die nachstehenden Bestimmungen über die Adressen von Feldpostsendungen jeder Art bekannt, die am 15. Februar 1917 in Kraft treten:

1. In den Aufschriften sind verboten alle Angaben über Kriegsschauplätze, Zugehörigkeit zu Armeen, Armeegruppen oder Armeekorps, Abteilungen, Armeekorps, Divisionen und Brigaden; die Angabe eines höheren Stabes darf nur bei Adressen von Angehörigen dieser Stäbe erfolgen.
2. Die Feldpostadressen dürfen nur die Bezeichnung des Truppenteils bis zum Regiment aufwärts enthalten, also entweder:
 - a) Regiment, Bataillon (Abteilung) und Kompanie (Batterie, Eskadron) oder b) selbständiges Bataillon (Abteilung) und Kompanie (Batterie, Eskadron) oder c) die dienstliche Bezeichnung besonderer Formationen (höhere Stäbe, Kolonnen, Flieger, Junker usw.).
 3. a) Bei Truppenteilen, die einem Regimentsverband angehören, darf außer der Angabe von Regiment, Bataillon (Abteilung), Kompanie (Batterie, Eskadron) nichts hinzugefügt werden (auch nicht die Feldpost-Nummer), b) bei Truppenteilen, die keinem Regimentsverband angehören (selbständige Bataillone, höhere Stäbe, Kolonnen, Flieger, Junker usw.) ist als Feldpostadresse die dienstliche Bezeichnung der betreffenden Formation erforderlich, jedoch mit dem Zusatz: „Deutsche Feldpost Nr.“; die Nummer der zuständigen Feldpostanstalt ist von dieser zu erfragen; c) bei Angehörigen der Stäbe von Armeekorps (Generalkommando) sowie von Divisionen und Brigaden muß die Feldpostnummer in der Adresse fortbleiben.
 4. Alle Feldpostämter und Feldpostexpeditionen werden für die Folge mit „Deutsche Feldpost“ und einer Nummer bezeichnet.
 5. Die Feldpostadressen haben hiernach zum Beispiel zu lauten:
 - a) ohne Angabe einer Feldpostnummer (siehe unter 2a), da im Regimentsverband:
 Im Gefr. N. N.
 Infanterie-Regiment 76
 1. Bataillon
 2. Kompanie.
 - b) mit Angabe einer Feldpostnummer (siehe unter 2b), da nicht im Regimentsverband:
 Im Jäger N. N.
 Jäger-Bataillon
 1. Kompanie.
 Deutsche Feldpost Nr. 160.
 - c) mit Angabe einer Feldpostnummer (siehe unter 2b), da besondere Formation und nicht im Regimentsverband:
 An Trainfeldat N. N.
 Reserve-Fuhrpark-Kolonne Nr. 100.
 Deutsche Feldpost Nr. 200.
- II. Die Bekanntgabe der neuen Feldpostadressen nach der Heimat erfolgt durch die Truppenangehörigen. Hierzu haben alle Formationen des Feld- und Besatzungsheeres von der nächsten Postanstalt Postkarten anfordern, die mit dem Ausdruck oder der deutlichen Niederschrift der neuen Adressen zu versehen und so rechtzeitig den Angehörigen zuzusenden sind, daß diese bis zum 15. Februar 1917 im Besitz der neuen Adresse sind. Die Angabe der Formation muß einfach, klar, den dienstlichen Bezeichnungen entsprechend und ohne entstellende Abkürzungen sein. Die zuständige Feldpostanstalt ist bei Feststellung der Adresse zu beteiligen. Die Aufnahme eines Hinweises ist notwendig, daß die neue Feldpostadresse erst am 15. Februar 1917 in Kraft tritt. Die Truppenteile überwachen die Ausführung vorstehender Bestimmungen und die rechtzeitige Auslieferung der Karten. Außerdem wird auf folgendes hingewiesen:
 1. Bei Wenderung der Adressen müssen die Angehörigen jedesmal erneut verständigt werden.
 2. Die Truppenteile haben ihren Uebertritt in einen andern Verband der bisherigen und der neuen Feldpostanstalt sofort schriftlich (nicht telegraphisch) mitzuteilen.
 Die Kollegen im Felde ersuchen wir dringend, rechtzeitig ihre neue Adresse an ihre Filialen einzusenden, damit in der Zusendung des „Vereins-Anzeiger“ keine Unterbrechung eintritt.

Gewerkschaftliches.

Wer ist Schwerstarbeiter? Unter den Begriff Schwerstarbeiter fallen nach einer Zusammenstellung durch das Kriegsernährungsamt folgende Berufe:
 1. Bergarbeiter unter Tage, einschließlich der mittleren und unteren Grubenbeamten (Fahrbauer, Steiger, Fahr-, Weiler- und Übersteiger), soweit sie unter Tage beschäftigt sind.
 2. Die an den Koksöfen (Arbeiter in Gasanstalten sind wie Arbeiter an Koksöfen zu behandeln), Eisenerzöfen und in Bräunefabriken beschäftigten Arbeiter, soweit sie der Einwirkung der Gase, des Rauches und der Hitze der Öfen unmittelbar ausgesetzt sind.
 3. Feuerarbeiter in der Eisenindustrie, insbesondere a) von den Arbeitern an den Hochofen: Erz- und Koksarbeiter, Wächter, Schmelzer, Schlackenarbeiter und sonstige Ofenarbeiter, sowie Gießbettmacher und Arbeiter bei den Winderhitzern; b) von den Arbeitern in den Stahlwerken: Arbeiter an Generatoren, Konvertoren, Martinöfen, Tiegel- und Elektrostaehlöfen; ferner Gießgruben- und Wärmegrubenarbeiter, Kranführer in Ofen- und Gießhallen und über den Wärmegruben; c) von den Arbeitern

in Walz-, Hammer- und Breiwerken: Walzer und Arbeiter an Schwanz-, Wärm- und Gleichlöfen, Arbeiter an Hämmer-, Breihen, sowie Arbeiter an Zügen, Scheren, Richtmaschinen, soweit sie an warmen Metallarbeiten; d) von den Arbeitern in Eisen- und Stahlindustrien sowie, die unter großer Hitze oder schädlichen Gasen besonders zu leiden haben.
 4. Arbeiter in der Waffen- und Munitionindustrie, die den unter 3 aufgeführten Arbeiterkategorien entsprechen, insbesondere Arbeiter an Pressen, Wärm- und Gleichlöfen sowie in der Schmelz- und Vergüterei.
 5. Arbeiter in Zink-, Kupfer-, Aluminium- und sonstigen Metallhütten und Metallgießereien, soweit ihre Arbeit der Arbeit der unter 3 aufgeführten Arbeitergruppen gleicht; Löt- und Zinnarbeiter in Zinkhüttenfabriken.
 6. In Kalk- und Dolomitbrennereien, Zementfabriken, in der Tonwarenindustrie (Porzellan-, Steingut-, Steinzeugfabriken, Kieselstein- und Kalkstein) und in Glaspöhlen, soweit diese Industrien für den Kriegsbedarf arbeiten; Arbeiter, die unter großer Hitze oder schädlichen Gasen besonders zu leiden haben.
 7. In der Maschinen-, Metall- und Kleinindustrie sowie in Eisenbahnwerkstätten, Brückenbauanstalten und Seeschiffswerften, soweit diese Industrien für den Kriegsbedarf arbeiten und soweit ihre Arbeiter nicht schon unter die aufgeführten Gruppen fallen: Ofen- und Hammerleute, Schmiede, Kesselschmiede, Warmmacher und Welzer für schwere Gegenstände.
 8. Von den Arbeitern der chemischen und Sprengstoffindustrie solche, die unter großer Hitze, schädlichen Gasen oder giftigen Stoffen besonders zu leiden haben.
 9. Kesselheizer im Bergbau und in den vorgenannten Industrien mit Ausnahme solcher Welzer, die eine Gasheizung oder eine Heizung mit mechanischer Beschleunigung bedienen. Die Kesselheizer und Aschenleher der letzteren Anlagen fallen nicht unter diese Ausnahme.
 10. Arbeiter im Bergbau und in den vorgenannten Industrien, die an sich nicht unter die aufgeführten Gruppen fallen, aber regelmäßig in Tag- und Nachtschicht arbeiten, für die Zeit, in der sie Nachtschicht leisten. Wird in drei Schichten gearbeitet, so gilt nur eine Schicht als Nachtschicht.
 11. Lokomotivführer und Heizer auf Dampflokomotiven; Maschinen- und Heizpersonal der See- und Binnenschifffahrt.

Ulgemeine Bemerkungen: 1. Arbeiterinnen, auf welche die vorstehenden Merkmale zutreffen, sind wie Arbeiter zu behandeln. 2. Freie ausländische Arbeiter stehen Inländern gleich. Die Vorschriften für Kriegsgefangene bleiben unberührt.

Ein schönes Beispiel der Opferwilligkeit haben die Arbeiter der Germaniawerft in Kiel mit ihrer Kriegshilfe gegeben, die im Zusammenwirken mit der Firma geschaffen worden ist. Seit dem Bestehen dieser legendreichen Einrichtung sind bis zum 1. Januar dieses Jahres von den Arbeitern sowie aus einzelnen Sonderbeiträgen $M 874837,08$ aufgebracht worden. Hiervon sind der Kieler Kriegshilfe allein $M 787 000$ zugeflossen, während die Vororte $M 44 870,91$ erhielten. Für Versicherungen der Kriegsteilnehmer wurden $M 8020$ ausgegeben. Die lange Dauer des Krieges macht bei manchen Familien eine besondere Liebesaktivität erforderlich. In vielen Fällen konnte der Arbeiterausfluß neben der von der Firma gestifteten Fürsorge für Werkangehörige größere Not lindern oder den Familien bei Anschaffungen behilflich sein. Im Sommer 1916 wurden außer von der Firma auch von der Kriegshilfe der Germaniawerft zahlreiche Kinder zur Erholung auf das Land geschickt. Die gesamte, immer umfangreicher werdende Liebesaktivität erforderte allein von der Kriegshilfe bisher $M 34 043,71$. Trotz der Dauer des Krieges ist ein Nachlassen der Opferwilligkeit kaum zu merken; mit Stolz darf deshalb die Arbeiterschaft der Germaniawerft auf ihre Leistungen zurückblicken.

Arbeiterversicherung.

Keine Verfassung der Invalidenrente bei Lazarettpflege. Ein Kriegsteilnehmer erlitt am 27. Juli 1916 einen Stoffschuß und verlor dadurch die Sehkraft auf beiden Augen. Er wurde am 10. Januar 1916 aus dem Lazarett entlassen und stellte nun bei der Landesversicherungsanstalt den Antrag, ihm, da er dauernd invalide sei, die Invalidenrente vom 27. Juli 1916 ab zu gewähren. Die Versicherungsanstalt erkannte den Anspruch auf die Invalidenrente an, verweigerte dem Versicherten aber die Rente für die Zeit der Lazarettpflege. Sie berief sich auf § 1271 der Reichsversicherungsordnung, wonach eine Invalidenrente „für die Dauer des Heilverfahrens ganz oder teilweise verjagt werden“ kann, und machte geltend, daß ein von der Landesverwaltung eingeleitetes Heilverfahren einem von der Versicherungsanstalt durchgeführten gleichzeitigen sei. Gegen die diesen Bescheid aufhebende Entscheidung des Landesversicherungsamts legte die Versicherungsanstalt Revision ein.
 Das Reichsversicherungsamt verwarf die Revision und erkannte den Anspruch auf die Invalidenrente auch für die Zeit der Lazarettbehandlung an. Der Standpunkt der Versicherungsanstalt, so führte das Reichsversicherungsamt aus, lasse sich schon mit Rücksicht auf den Wortlaut und den inneren Zusammenhang der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über das Heilverfahren nicht vertreten. Es sei auch unbillig, den Versicherten, die durch die vor der Einberufung geleisteten Beiträge ein Anrecht auf die Leistungen der Versicherungsträger erworben haben, diese lediglich aus dem Grunde vorzuenthalten, weil die Versicherten für die Dauer des militärischen Heilverfahrens in allen ihren Lebensbedürfnissen versorgt seien. Letzteres träte überdies mindestens für die verheirateten Kriegsteilnehmer nicht zu. Es entspreche auch nicht der Absicht des Gesetzgebers, neben einer anderweitigen Versorgung, die der Versicherte durch seinen Dienst für Reich, Staat oder Gemeinde erworben hat, die Leistungen der Invalidenversicherung auszuschießen.
 H.

Sozialpolitisches.

Wichtige Geschäftslage der Wagenbauindustrie. Von ungeheuren Anhebungen, die der Krieg an den Eisenbahnerfolg stellt, geht die Beschäftigung für den Bedarf der Bahnen an Fahrzeugen naturgemäß nach wie vor bis zur Grenze der Vermögensfähigkeit. Dieser Zustand wird sich bis auf weiteres unverändert behaupten. Die Ausgabe für Fahrzeugbeschaffung der privaten Eisenbahnen im Eisenbahn-Anleihe-Gesetz vom 1. April 1917 stellt sich zwar noch nicht genau fest, wird aber, wie erwartet, den im Eisenbahn-Anleihe-Gesetz vom 17. April 1916 für den gleichen Zweck aufgewendeten Betrag von 77 Millionen Mark erheblich überschreiten. Infolgedessen wird auch die Gesamtausgabe für die außerordentliche Beschaffung von Fahrzeugen im Rechnungsjahre 1917 beträchtlich höher sein als die Gesamtausgabe des laufenden Jahres, die rund 507 Millionen Mark betragen hat. Wenn auch ein Teil der Mehrausgabe auf Rechnung der höheren Abschreibungskosten kommt, sind doch die Beschaffungen für das Rechnungsjahr 1917 in solchem Umfange vorgesehen, daß auch die Zahl der neu hinzutretenden Fahrzeuge eine Vermehrung gegenüber dem laufenden Jahre erfährt. Für 1916 beliefen sich die Beschaffungen auf 1600 Lokomotiven, 31 230 Gepäck- und Güterwagen und 1700 Personenzüge. Die Zahl der Lokomotiven und Güterwagen war im Vergleich zum Rechnungsjahre 1915 im abgelassenen Jahre höher, die Zahl der Personenzüge wesentlich niedriger bemessen. Die für 1917 in Aussicht genommenen Beschaffungen bleiben hinsichtlich der Zahl der Personenzüge hinter dem abgelassenen Jahre nicht zurück und gehen hinsichtlich der Lokomotiven und Güterwagen noch beträchtlich darüber hinaus. In den Rechnungsjahren 1914 bis 1916 hat die Gesamtausgabe für Fahrzeugbeschaffung rund 766,7 Millionen Mark betragen, für 1917 belaufen die für die Fahrzeugbeschaffung vorgesehenen Mittel auf mehr als eine Milliarde Mark; das läßt Schlüsse auf den Umfang der Tätigkeit in der Wagenbauindustrie zu.

Sieben-Uhr-Adenschluß. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat an den Bundesrat und Reichstag eine Eingabe gerichtet, durch die er wünscht, daß der sieben-Uhr-Adenschluß auf die Lebensmittelgeschäfte ausgedehnt und auch für die Freizeitzeit beibehalten wird. In der Eingabe wird ausgeführt, daß der sieben-Uhr-Adenschluß die Arbeitszeit der Handlungsgehilfen verkürzt und daher aus sozialen Gründen nicht wieder beseitigt werden dürfte. Er sei auch für die Lebensmittelgeschäfte durchführbar, da ja die Lebensmittel gerade in der jetzigen Kriegszeit nicht erst des Abends, sondern am frühen Morgenstunden verkauft werden, weil das Publikum glaubt, daß in den späteren Tagesstunden die vorhandenen Lebensmittel ausverkauft sein könnten. Der dauernde sieben-Uhr-Adenschluß würde fernerhin eine Betriebskostensparnis für die Geschäftsinhaber mit sich bringen und auch insofern von volkswirtschaftlichem Nutzen sein.

Genossenschaftliches.

Ausbau der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion. Auf einer Einkaufskonferenz, die im Dezember in Hamburg stattfand, machte der Geschäftsführer der Großeinkaufsgesellschaft Heinrich Lorenz sehr bedeutsame Ausführungen über die Notwendigkeit, die Eigenproduktion der Gesellschaft nach dem Kriege in großzügiger Weise auszubauen. Die Großeinkaufsgesellschaft verfügt bis jetzt über zwei Seifenfabriken, drei Zigarrenfabriken, eine Kautschukfabrik, eine Zündholzfabrik, eine Leigmarerfabrik, eine Moftrichfabrik, eine Kaffeerösterei und eine Kästenfabrik. Insgesamt wurden in diesen Eigenbetrieben im Jahre 1915 für 19 Millionen Mark Waren hergestellt. Das ist erst ein kleiner Teil des 133 Millionen Mark betragenden Umsatzes der Großeinkaufsgesellschaft und ein noch viel kleinerer des Umsatzes der Konsumvereine. Hätte die Großeinkaufsgesellschaft während des Krieges mehr Eigenbetriebe gehabt, so hätte sie wahrscheinlich weniger ausgeschaltet werden können. Die Voraussetzung für einen weiteren Ausbau der Eigenproduktion sei die Gewissheit eines genügend großen Absatzes in den betreffenden Artikeln und das Vorhandensein ausreichender Mittel. Das erstere trifft für eine Reihe von Waren zu, in denen die Gesellschaft jährlich etwa für 60 Millionen umsetzt. Die Ausbringung der nötigen Mittel dürfte nicht allzu schwierig sein, nachdem die große 8 Millionen Anteile der Gesellschaft während des Krieges in kurzer Zeit bis auf einen kleinen Rest gezeichnet worden ist. Für die Zukunft in Angriff zu nehmenden zehn neuen Produktionsbetriebe wird man etwa 30 bis 35 Millionen Mark benötigen. Bei der weiteren Entwicklung ist eine gewisse Dezentralisation beabsichtigt. Es sollen an verschiedenen Plätzen Handels- und Produktionszentren gegründet werden. So soll Großb. wo sich jetzt schon eine Anzahl Produktionsbetriebe befinden, zu einer Produktions- und Chemikalienzentrale entwickelt werden. Schließlich meinte Lorenz, müsse man auch an die Gewinnung von Rohstoffen in eigener Betriebe denken. So wäre für eine bessere Zeit die Erwerbung eigener Plantagen für die Erzeugung von Holz und Leder ins Auge zu fassen.

Es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß wie jede andere Art von Sozialismus auch der Genossenschaftssozialismus nach dem Kriege einen mächtigen Aufschwung erfahren wird.

Dom Ausland.

Aus einer amerikanischen Bruderorganisation. Dem Septemberheft des „Painter and Decorator“, dem Organ eines amerikanischen Bruderverbandes, entnehmen wir folgende Zeilen seines Sekretärs, Kollegen Skemp: „Ganz kurz war die Gewerkschaft der Maler, Dekorierer und Innenmalerei mit 8885 Mitgliedern in guter, finanziell wohlgeordneter Lage — ein neuer Rekord. Vor dem Ende der letzten Herbstperiode hofften wir hauptsächlich mit 8500 Mitgliedern die größten 100 000 nahe zu rücken. Diese Voraussage hat sich mehr als verwirklicht, am 1. September betrug die Mitgliederzahl 98 545.“

Im Laufe der letzten sechs Monate sind mehr Anfordernungen gestellt, mehr Lohnerhöhungen und mehr Arbeitszeitverkürzungen durchgeführt worden, als in irgendeiner entsprechenden Periode seit Gründung der Bruderschaft. In der Mehrzahl sind den Hunderten von lokalen Sektionen, in denen Lohnbewegungen stattfanden, die Forderungen gütwillig zugestanden worden, so daß keine weitere Zeit verloren oder Mißstimmung erregt wurde. Dies war überall da der Fall, wo wir gut organisiert sind und auf die Hilfe unserer Kollegen vom Bau stand rechnen konnten. Wo es nötig war, die Arbeit niederzuliegen, waren die Streiks meist kurz und durchgängig erfolgreich. In einigen wenigen Fällen kam es zu einem für die Streikenden günstigen Kompromiß; wir ertrugen jedenfalls mehr als wir erwartet hatten.

In einigen Orten waren die Beteiligten sehr gering an Zahl, in andern gingen sie in die Tausende. Die Gesamtmitgliedszahl der lokalen Organisationen, die bessere Bedingungen errungen hatten, beläuft sich auf nicht weniger als 20 000. Die Verbesserungen beziehen sich der Hauptsache nach auf die Höhe, da der Mißstand seit vielen Jahren im Malergewerbe anerkannte Regel ist. Die Höhe der Lohnverbesserungen schwanken von 12 1/2 Cents bis zu einem Dollar täglich, den unsere Kollegen in New York (Stadt) und Brooklyn erhalten haben — einer fünfundsiebzigprozentigen Erhöhung in einer Periode von zehn Jahren. Mit dieser Zulage wurde auch zum ersten Male eine Übereinkunft mit dem Malermeisterverband beschlossen. Dieser prächtige Sieg wurde hauptsächlich ermöglicht dadurch, daß vor ungeführ Jahresfrist der Internationale Malerverband, eine südische Organisation, in die Bruderschaft aufgenommen wurde.

Über während Lohnerhöhungen vorherrschten, gab es auch noch bemerkenswerte Abkürzungen des Arbeitstages und der Arbeitswoche. Nach hartem Ringen wurde der Achtstundentag in Napids, Michigan, eingeführt, einem Hauptzentrum der Fabrikantenorganisation. Zufällig wurde auch gerade in Valle Creel, dem jahrelangen Wohnort des einstigen Verbandspräsidenten, des verstorbenen Herrn Post, eine starke lokale Organisation gegründet.

Viele lokale Organisationen feierten den halben Feiertag am Sonnabend durch, in allen großen Städten und in den kleinen im Westen und Neu-England ist die Vierundvierzigstundenvoche allgemein. Der Sonnabend ist für die Mitglieder der Bostoner Lokalorganisation und für die für Wostoner Unternehmer anderswo arbeitenden ein Tag der Ruhe und Erholung. Während der kalten Winterfaison 1915/16 hatten die Mitglieder in San Franzisko und Umgebung auch eine längere Wochenarbeitszeit, aber Boston ist die erste Stadt, die die fünfständige Arbeitswoche das ganze Jahr hindurch eingeführt hat.

Eine weitere bemerkenswerte Errungenschaft ist die Organisation der Schiffsmaler von San Franzisko und das nach kurzem Streit vereinbarte Übereinkommen mit den Union-Eisenwertern, der führenden Werft der Pazifischen Küste, in der das Schlachtschiff „Ogden“ gebaut wurde.

Die Schiffsmaler von Seattle schlossen sich an, eine starke Organisation wurde gegründet und ein befriedigender Lohnvertrag aufgestellt. Das ist um so ermutigender, wenn man die bittere Feindseligkeit bedenkt, die bei den großen Schiffbaukonzernen in Puget Sound gegen die Organisationen herrscht.

Es besteht eine ausgesprochene Neigung zu längeren Kontrakten. Früher lehnten die lokalen Organisationen längere Bindungen ab. Diejenigen, die auf Verträge eingingen, erneuerten und revidierten sie Jahr für Jahr. Vielleicht die Mehrzahl der in diesem Jahr getroffenen Vereinbarungen haben drei Jahre Geltung, viele sehen eine jährliche Verbesserung vor. In einem Falle wurde eine Vereinbarung auf fünf Jahre getroffen, mit einer gleichbleibenden jährlichen Erweiterung. In einigen Verträgen ist ein Schiedsgerichtsverfahren für Streitigkeiten vorgesehen, die sich aus Verschiedenheiten der Auslegung ergeben könnten; aber in keinem Fall — einige Städte ausgenommen —, wo solche Vereinbarung getroffen und von andern Organisationen schon anerkannt waren, haben wir uns des Rechts begeben, zu streiken oder die Arbeit niederzuliegen, wenn in einem Betrieb unorganisierte Arbeiter eingestellt werden, oder das Recht auf einen Sympathiestreik.

Der Zusammenschluß der Bruderschaft mit den früheren vereinigten internationalen Glasarbeitern und die Ausdehnung des Schiedsgerichtsverfahrens auch auf die Kunstglasarbeiter, Schleifer und andere Glasarbeiter hat schon Erfolge gezeigt. Bei seiner letzten Zusammenkunft in Milwaukee beschloß der Verband der Dekorationsglasfabrikanten (National Association of Ornamental Glass Manufacturers) nach einer gründlichen Untersuchung über die organisationsfeindlichen Betriebe mit der Bruderschaft zusammenzuarbeiten bei Organisierung dieser Industrie. Wir nehmen diese günstige Gelegenheit gerne wahr. Ein ausgezeichnetes Abkommen ist mit dem Verband der vereinigten Glasfabrikanten (United Glass Manufacturers Association) und den unabhängigen Arbeitgebern dieser Industrie in St. Louis getroffen worden. Es sichert uns verbandsfreundliche Betriebe und macht aus dem lokalen Glasarbeiterverband eine Organisation, der alle Berufsangehörigen angeschlossen sind.

Ein ebenso befriedigendes Abkommen — dem ersten seiner Art — ist in Denver nach einem vierwöchigen Streik durch unsere erst drei Monate alte lokale Organisation getroffen worden. Es ist der erste Streik, der nach Inkrafttreten der Industrieakte von Colorado von der Industriekommission entschieden wurde. Alle Glasarbeiter von Denver sind nun organisiert. Die Glasarbeiter von Detroit, die erst jüngst organisiert wurden, sind in einer Lohnbewegung um bessere Bedingungen begriffen. Die Gesellschaft der Scheibenglasfabrikanten von Pittsburg, die manchmal als „Scheibenglasstreik“ bezeichnet wird, beherrscht die Glasindustrie. Sie hat in allen großen Städten der Vereinigten Staaten Filialen. Ihre Beamten erklären, daß die Gesellschaft in bezug auf die Anstellung von Arbeitern keine ausgesprochene Politik verfolgt und die Angelegenheit den einzelnen örtlichen Vertretern anheimgestellt sei. Die Gesellschaft richtet sich eben nach dem Geschäft. Findet sie, daß ein Vertreter mit der Verwendung von organisierten Arbeitern größere Profite erzielt, so erwartet sie von ihm, Organisierte einzustellen, wenn er denkt, größere Gewinne durch Einstellung von billigen unqualifizierten Unorganisierten zu machen, so ist die Gesellschaft es auch zufrieden. Mit einem

Wort, die Gesellschaft ist anständig, wo sie es sein muß und wo es sich lohnt.

Dies Jahr haben wir die Befriedigung gehabt, ihre Filialen in New York City, Oklahoma City, Cleveland und Cincinnati, in letzterem Falle nach zweijährigem bitterem Kampf, zu organisieren. Auch gelang es uns, in den Filialen Kokomo in Indiana Fuß zu fassen, aber vorläufig konnten wir das Interesse der Arbeiter, die in ihren Filialen von Ford City und in Crystal City arbeiten, noch nicht für uns gewinnen.

Die letzte Filiale arbeitet zehn Stunden, was eine offene Verletzung eines staatlichen Gesetzes darstellt, das für die Scheibenglasarbeiter eine achtsündige Arbeitszeit vorschreibt.

Wir sind stolz auf den Erfolg dieser Saison. Wir betrachten den Kampfgeist, den Mut und die unbegrenzte Entschlossenheit, unsere Forderungen erfolgreich durchzusetzen, als unsern Stolz, weil die industrielle Freiheit und wirtschaftliche Unabhängigkeit dadurch gefördert wurde. Wir freuen uns über den Anteil, den die Männer unseres Gewerbes am Kampf der Arbeiter für die Grundlagen eines freieren, reicheren und glücklicheren Lebens hatten. Und all das ermöglicht eine freiere Anschauung des Lebens, höheren Ehrgeiz, größere Schätzung des Wertes der Arbeit und ein klareres Verständnis dafür, daß auf den Schultern der organisierten Arbeiterschaft die Last der Verantwortung liegt, die Lebenswerte hochzuhalten und alle Hemmnisse für den Ausbau einer schöneren als bis jetzt erreichten Zivilisation zu überwinden. Sie haben die Ueberzeugung gerechtfertigt, daß die Arbeiter solcher Aufgabe gewachsen sind und daß sie nicht jaudern und abgern werden, sondern entschlossen fortzuschreiten und sich als Männer bewähren.

Literarisches.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 2 des neunten Jahrganges hat unter andern folgenden Inhalt: **Neigungsangewand in den Fortbildungsschulen?** Von W. Solmann. — **Mein Begräbnis.** Von Hans Heinz Giers. — **Zur Entwicklungsgeschichte der Kleidung.** Von Hans Mandwald. — **Adolf v. Menzel.** Von Gabriele Schärer. (Mit Abbildungen.) — **Wie wir arbeiten müssen, um vorwärts zu kommen.** Von Paul Selke. — **Aus der Jugendbewegung.** — **Die Gegner an der Arbeit.** — **Zur wirtschaftlichen Lage.**

Sterbetafel.

München. Am 10. Januar starb unser Mitglied **Georg Bachhofer** im Alter von 89 Jahren. **Ehre seinem Andenken!**

Vereinsteil.

Vericht der Hauptkassa vom 22. bis 27. Januar.
Eingeliefert haben: Dresden M. 1000, Stralburg 50, Bochum 100, Düsseldorf 800, Wiesbaden 400, Wilhelmshaven 100.
Wertzeichen wurden verandt (B = Betragsmarken, A = Aufnahmemarken, MM = Markennappen): Altenburg 400 B à 75, 200 B à 95, Weiskwasser 100 B à 110, Um a. d. B. 400 B à 85, 800 B à 105, 400 B à 125, 50 A à 100, 3 MM à 50. Rönigsberg 1 MM à 50, Berlin 10000 B à 80, 4000 B à 100, 10000 B à 120, Braunschweig 800 B à 80, 400 B à 100, 600 B à 120, Cottbus 100 B à 90, Duisburg 200 B à 70, 100 B à 90, 200 B à 120, Elberfeld 400 B à 80, 400 B à 120, Hirschberg i. Schl. 100 B à 70, 20 A à 100, Nürnberg 200 B à 45, 100 B à 10, Schwerin 100 B à 10, Weimar 100 B à 70, 100 B à 110, 100 B à 120, Bremen 4000 B à 80, 2000 B à 120, Glin 800 B à 75, 800 B à 115, München 1200 B à 85, 1200 B à 125, Nommes 200 B à 70, 200 B à 110, Bernburg 100 B à 10, Ucker 200 B à 115, Glin 10 A à 50, 100 B à 45, Danzig 400 B à 80, 400 B à 120, 200 B à 10, Detmold 100 B à 70, Dören 100 B à 110, Essen 1200 B à 80, 1200 B à 120, Frankfurt a. d. B. 200 B à 70, 100 B à 90, Leipzig 50 A à 100, Magdeburg 1200 B à 80, 1200 B à 85, 800 B à 100, 800 B à 105, 800 B à 120, 1200 B à 125, 100 B à 10, München 20 A à 100, 10 A à 50, Stuttgart 4000 B à 85, 1000 B à 105, 4000 B à 125, 1000 B à 50. Um a. d. B. 50 A à 50, 200 B à 50.
Die Woche vom 4. bis 10. Februar ist die 6. Beitragswoche.
S. Wenker, Kassier.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 4 des „Correspondenzblattes“ bei.

Jeder Herr

welcher sich schön kleiden will, verlange meinen Katalog Nr. 14 über neue und wenig getragene, teils reinwollene, sehr preiswerte

Kavalier-Kleidung

Paletots, Ulster
von Mk. 12,— bis Mk. 50,—

Anzüge
von Mk. 15,— bis Mk. 60,—

Risiko ausgeschlossen.
Für Nichtgefallendes gebe
Geld zurück!

J. Kalter, München, Tal 19.